



## Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Oskar Lipp** AfD  
vom 26.03.2025

### Christen- und religionsfeindliche Tendenzen in Bayern seit 2020

Die Staatsregierung wird gefragt:

- 1.1 Wie viele Angriffe (z. B. Sachbeschädigungen) fanden nach Kenntnis der Staatsregierung in den Jahren von 2020 bis 2025 (Stichtag: 24.03.2025) auf christliche Einrichtungen (z. B. Kirchen, Friedhöfe), Symbole (z. B. Kreuze am Wegesrand) und Wahrzeichen statt (bitte nach Jahren, Landkreisen, Städten, Straftatbestand, Motivation des Deliktes und Art der angegriffenen Einrichtung aufschlüsseln)? ..... 2
  - 1.2 In wie vielen Fällen davon wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet? ..... 2
  - 1.3 In wie vielen Fällen davon kam es zu Verurteilungen? ..... 2
  2. Wie hoch waren nach Kenntnis der Staatsregierung in den Jahren von 2020 bis 2025 (Stichtag: 24.03.2025) die Schäden an christlichen Einrichtungen in Bayern, welche durch Angriffe (z. B. Sachbeschädigungen) oder sonstige Gewalteinwirkungen zustande kamen (bitte nach Jahren, Landkreisen und Städten aufschlüsseln)? ..... 3
  3. Wie viele mutmaßlich christenfeindlich motivierte Straftaten wurden in den Jahren von 2020 bis 2025 (Stichtag: 24.03.2025) nach Kenntnis der Staatsregierung bayernweit verübt (bitte nach Jahren, Landkreisen, Städten, Anzahl, Art und Motivation des Deliktes aufschlüsseln)? ..... 3
  4. Welche Maßnahmen hat die Staatsregierung in den Jahren von 2020 bis 2025 (Stichtag: 24.03.2025) ergriffen, um der Ausbreitung von jüden-, christen- und muslimfeindlichen Tendenzen entgegenzuwirken (bitte hier separat nach den jeweiligen Religionsgemeinschaften gliedern)? ..... 3
  5. Welche Maßnahmen werden an bayerischen Schulen ergriffen, um jüden-, christen- und muslimfeindlichen Tendenzen entgegenzuwirken (hier bitte separat auf die jeweiligen Glaubensrichtungen eingehen)? ..... 3
- Anlage zur Frage 1.1 ..... 9
- Hinweise des Landtagsamts ..... 16

# Antwort

**des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Justiz, dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus sowie dem Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales**

vom 28.04.2025

## Vorbemerkung:

Die nachfolgenden Rechercheergebnisse des Landeskriminalamts (BLKA) beruhen auf dem bundesweit einheitlichen Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK). Im KPMD-PMK wird als Zähl delikt die Straftat mit der höchsten Strafanndrohung gespeichert. Somit ist es möglich, dass z. B. eine in Tateinheit vorliegende Volksverhetzung ein Delikt der Sachbeschädigung „überdeckt“ und somit in den nachfolgenden Auswertungen nicht als solches erscheint.

Mit Blick auf das Jahr 2025: Für das laufende Kalenderjahr werden Auswertungen aufgrund von Qualitätssicherungsmaßnahmen im KPMD-PMK jeweils grundsätzlich erst nach Abschluss eines Quartals durchgeführt. Es wird darauf hingewiesen, dass für das Tatjahr 2025 die endgültigen Fallzahlen erst nach dem bundesweit einheitlichen Meldeschluss zum 31.01.2026 und dem anschließenden Abstimmungsprozess vorliegen, bei dem sich durch Korrekturen noch Änderungen und Verschiebungen ergeben können. Die genannten Fallzahlen sind demnach als vorläufig zu betrachten.

**1.1 Wie viele Angriffe (z. B. Sachbeschädigungen) fanden nach Kenntnis der Staatsregierung in den Jahren von 2020 bis 2025 (Stichtag: 24.03.2025) auf christliche Einrichtungen (z. B. Kirchen, Friedhöfe), Symbole (z. B. Kreuze am Wegesrand) und Wahrzeichen statt (bitte nach Jahren, Landkreisen, Städten, Straftatbestand, Motivation des Deliktes und Art der angegriffenen Einrichtung aufschlüsseln)?**

Die christenfeindlichen Straftaten im Sinne der Fragestellung können der Anlage entnommen werden.

**1.2 In wie vielen Fällen davon wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet?**

Es wird vonseiten der Polizei bei jedem Anfangsverdacht einer Straftat ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Insofern wird auf die Beantwortung der Frage 1.1 verwiesen.

**1.3 In wie vielen Fällen davon kam es zu Verurteilungen?**

Die Beantwortung von Frage 1.3 muss unterbleiben, weil dies aufgrund der Vielzahl der Verfahren und der Notwendigkeit händischer Recherchen zu einem erheblichen und nicht vertretbaren zeitlichen und personellen Aufwand führen würde, u. a. bei den für den Tatort zuständigen Staatsanwaltschaften und den korrespondierenden Generalstaatsanwaltschaften. Die Beantwortung würde folglich den jeweiligen Geschäftsbetrieb dieser Staatsanwaltschaften, deren originäre Aufgabe die Strafverfolgung ist, in einem nicht mehr zumutbaren Maße beeinträchtigen.

2. **Wie hoch waren nach Kenntnis der Staatsregierung in den Jahren von 2020 bis 2025 (Stichtag: 24.03.2025) die Schäden an christlichen Einrichtungen in Bayern, welche durch Angriffe (z. B. Sachbeschädigungen) oder sonstige Gewalteinwirkungen zustande kamen (bitte nach Jahren, Landkreisen und Städten aufschlüsseln)?**

Angaben zu Sachschäden durch Straftaten werden im Rahmen des KPMD-PMK nicht erfasst und können folglich nicht beauskunftet werden.

3. **Wie viele mutmaßlich christenfeindlich motivierte Straftaten wurden in den Jahren von 2020 bis 2025 (Stichtag: 24.03.2025) nach Kenntnis der Staatsregierung bayernweit verübt (bitte nach Jahren, Landkreisen, Städten, Anzahl, Art und Motivation des Deliktes aufschlüsseln)?**

Es wird auf die Beantwortung der Frage 1.1 verwiesen.

4. **Welche Maßnahmen hat die Staatsregierung in den Jahren von 2020 bis 2025 (Stichtag: 24.03.2025) ergriffen, um der Ausbreitung von jüden-, christen- und muslimfeindlichen Tendenzen entgegenzuwirken (bitte hier separat nach den jeweiligen Religionsgemeinschaften gliedern)?**
5. **Welche Maßnahmen werden an bayerischen Schulen ergriffen, um jüden-, christen- und muslimfeindlichen Tendenzen entgegenzuwirken (hier bitte separat auf die jeweiligen Glaubensrichtungen eingehen)?**

Die Fragen 4 und 5 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Präventionsmaßnahmen werden nachfolgend exemplarisch dargestellt. Es wird kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben. Entsprechend wird auf die Antwort der Staatsregierung vom 17.04.2024 auf die Frage 8.3 der Schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Cemal Bozoğlu (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) vom 11.03.2024 betreffend „Antisemitische Straf- und Gewalttaten 2023“ (Drs. 19/1893 vom 17.05.2024) verwiesen. Die hier dargelegten Maßnahmen wurden auch im Jahr 2024 fortgeführt und vertieft.

Die Art. 131 Bayerische Verfassung (BV) und Art. 1 Bayerisches Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) geben als oberstes Bildungsziel u. a. vor, die Schülerinnen und Schüler „im Geist der Demokratie“ und in der „Achtung vor religiöser Überzeugung“ zu erziehen und bestmöglich bei ihrer Entwicklung zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern zu unterstützen. Dem gemäß ist die Politische Bildung in den Lehrplänen für alle Schularten (vgl. LehrplanPLUS – Startseite [[www.lernplanplus.bayern.de](http://www.lernplanplus.bayern.de)]) sowohl als grundlegendes schulart- und fächerübergreifendes Bildungs- und Erziehungsziel als auch in besonderer Weise in den Fachlehrplänen der Leitfächer fest verankert. Darüber hinaus ist sie Grundlage in allen Bereichen pädagogischer Arbeit. Die Schülerinnen und Schüler lernen so, das positive Potenzial gesellschaftlicher und religiöser Vielfalt wahrzunehmen sowie Demokratie und Menschenrechte wertzuschätzen.

Laut dem „Gesamtkonzept für die Politische Bildung an bayerischen Schulen“, das einen verbindlichen Rahmen für die Umsetzung vor Ort einschließlich allgemeiner Hinweise und konkreter Anregungen setzt, müssen Schülerinnen und Schüler zudem davor bewahrt werden „sich in den Bann von Extremisten gleich welcher Richtung ziehen zu lassen“. So findet sich das Thema Extremismus explizit in den Fachlehrplänen der einzelnen Schularten wieder. Die Lehrkräfte aller Schularten sind aber nicht nur dazu

verpflichtet, demokratische Verhaltensweisen und Werte in ihrem Unterricht zu vermitteln, sondern sie sollen auch ein darauf bezogenes aktives Lernen und Umsetzen im Schulkontext ermöglichen bzw. fördern. Um sämtliche Lehrkräfte auf dieses Ziel eines auch gegenüber allen Religionen toleranten und wertebewussten Unterrichts bzw. Schullebens im Sinne der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vorzubereiten, absolvieren alle Studienreferendarinnen und Studienreferendare unabhängig von ihrer Fächerverbindung während ihres Vorbereitungsdienstes den Ausbildungsbereich „Grundfragen der staatsbürgerlichen Bildung“.

Im Rahmen der Antisemitismusprävention fördert und begleitet das Staatsministerium für Unterricht und Kultus (StMUK) zahlreiche Projekte. Mit dem Projekt „Ich werde Zeitzeuge“ wird die digitale Aufbereitung regionaler Zeugnisse jüdischen Lebens durch Schulklassen gefördert. Das Zentrum für Israelstudien am Lehrstuhl für jüdische Geschichte und Kultur der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München widmet sich in einem Projekt der Auseinandersetzung mit „Israel-Bildern und dem Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft“, um Vorurteile über Israel, aber auch über Palästina zu dekonstruieren. Das Ergebnis wird für den Schulunterricht aufbereitet (Projektbeginn Oktober 2024). Die Israelitische Kultusgemeinde Amberg organisiert eine Reihe von ca. 40 Workshops zur Antisemitismusprävention für Schülerinnen und Schüler, um u. a. mit interreligiösen Begegnungen Vorurteile abzubauen (Projektbeginn September 2024). Ergänzt werden diese Projekte durch verschiedene Förderungen aus dem Bereich der Erinnerungskultur, die ebenfalls auf Landtagsbeschlüssen basieren und die Präventionsarbeit gegen Judenhass und Antisemitismus verstärken. Zudem kommt nach wie vor der Zusammenarbeit mit der „Mansour Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention (MIND Prevention)“ eine herausragende Bedeutung zu. Sowohl das StMUK wie auch das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration (StMI), das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales (StMAS) wie auch das Staatsministerium der Justiz (StMJ) sind an deren Projekten fördernd und kooperierend beteiligt.

Sollte es zu diskriminierenden oder extremistischen Wahrnehmungen kommen, wozu auch Anfeindungen aufgrund der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft gehören, und deswegen konkreter Beratungsbedarf bestehen, können sich alle Mitglieder der Schulfamilie über die neun Staatlichen Schulberatungsstellen vertraulich an die Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz wenden. Diese schulinternen Ansprechpartner werden fortlaufend durch die Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung (ALP) Dillingen pädagogisch, psychologisch und fachwissenschaftlich fortgebildet, um den sich wandelnden gesellschaftspolitischen Herausforderungen gerecht werden zu können. Seit 18.03.2024 werden sie beispielsweise in mehreren Qualifizierungsphasen zu zertifizierten Betzavta-Trainerinnen und -Trainern ausgebildet. Die Betzavta-Methodik („Betzavta“ ist das hebräische Wort für „Miteinander“) des Adam Institutes for Democracy and Peace eröffnet enormes Potenzial für die schulische Antidiskriminierungsarbeit und Extremismusprävention. Auf den Erfahrungen der heterogenen Gesellschaft Israels und des Nahostkonflikts aufbauend, wurde sie auf die spezifischen Bedürfnisse der Regionalbeauftragten so zugeschnitten, dass sie, im Sinne der Demokratieförderung und Deradikalisierung, zur Schaffung von Resilienz und Ambiguitätstoleranz sowie zur Stärkung von Zivilcourage im immer heterogener werdenden Klassenzimmer eingesetzt werden kann. Ihre spezifische Ausbildung und langjährige Erfahrung ermöglichen es den Regionalbeauftragten, den Herausforderungen, die sich hinsichtlich der religiösen Vielfalt an bayerischen Schulen ergeben können, wirksam zu begegnen.

Um bayerische Lehrkräfte für den Bereich der Politischen Bildung im Schul- und Unterrichtsalltag zu sensibilisieren und ihre Handlungssicherheit zu stärken, gibt es in Bayern

ein bedarfs- und zielgruppengerechtes Angebot von Veranstaltungen der Staatlichen Lehrerfortbildung. Als ein aktuelles Beispiel sei hier der Fachtag „Nationalismus radikal – auslandsbezogener Extremismus als Herausforderung der Prävention“ erwähnt, der am 26.03.2025 in München und am 27.03.2025 in Nürnberg stattfand. In Vorträgen und Workshops wurden Lehr- und Fachkräfte darin geschult, wie sie verantwortungsvoll, pädagogisch versiert und kultursensibel mit auslandsbezogenem Extremismus umgehen können. Dabei spielte auch der Umgang mit religiös motivierten Anfeindungen im schulischen Kontext eine wesentliche Rolle.

Hieraus ist ersichtlich, dass die präventive Arbeit des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus gegen jüden-, christen- und muslimfeindliche Tendenzen vor allem auf den oben dargestellten normativen Grundlagen des pädagogischen Wirkens basiert, um so eine umfassende Resilienz und ein stabiles Selbstbewusstsein bei den Schülerinnen und Schülern zu etablieren, das sie befähigt, allen religiös motivierten Extremismen standzuhalten und ihnen im besten Falle auch entgegenzutreten. Die Stärkung der Schülerinnen und Schüler im Hinblick auf besondere religiöse Extremismen wird forciert, wenn entsprechende Wahrnehmungen aus dem Bereich der Schulen oder auch der Sicherheitsbehörden hierzu Anlass geben; dies ist derzeit z. B. im Kontext des grassierenden und besonders bedrohlichen Judentums der Fall.

Das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales fördert im Rahmen der Radikalisierungsprävention keine speziell nach Religionsgemeinschaften differenzierten Maßnahmen und Projekte, sondern gemäß Radikalisierungspräventionsrichtlinie (RPR) Projekte, die sich gegen Extremismus aller Phänomenbereiche sowie gegen den phänomenübergreifenden Antisemitismus richten. Was den phänomenübergreifenden Antisemitismus anbelangt, förderte und fördert das StMAS seit dem Jahr 2020 folgende Projekte:

- 2020 – 2025: Begegnungsprojekt „Youthbridge – Jugend baut Brücken“ der Europäischen Janusz Korczak Akademie e. V. (EJKA)
- 2020 – 2025: Ausstellungsprojekt „Mit Davidstern und Lederhose – Jüdische Geschichte(n) on Tour“ der EJKA
- 2020 – 2025: „Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (RIAS Bayern)“ und seit dem Jahr 2022 eine Wanderausstellung zu Antisemitismus in Bayern
- 2020 – 2021: Projekt „Engagement gegen Antisemitismus stärken“ des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement in Bayern e. V. (LBE) für Ehrenamtliche
- 2022 – 2025: Begegnungsprojekt „Blickwechsel“ des LBE
- 2020 – 2021: Projekt „Verschwörungsmethoden – Bildungsmaterial zur Antisemitismusprävention“ des Max Mannheimer Studienzentrums
- 2022: Projekt „Multiplikator:innen-Fortbildungen zur Antisemitismusprävention“ des Max Mannheimer Studienzentrums
- 2023: Projekt „Workshop zur Antisemitismusprävention für Jugendliche“ des Max Mannheimer Studienzentrums
- 2020 – 2021: Begegnungsprojekt „Jüdisches Leben in Bayern – Demokratie und Menschenwürde schützen“ des Evangelischen Bildungs- und Tagungszentrums Bad Alexandersbad
- 2023 – 2025: Jugendtheaterstück „Tacheles“ des Jungen Theaters Augsburg
- 2024 – 2025: Projekt „Digital Storytellings zur Antisemitismusprävention“ des Max Mannheimer Studienzentrums

Im Rahmen der Ausbildung unternimmt die Bayerische Polizei sehr viel, um die jungen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zu unvoreingenommenen, gerechten und rechtsstaatlich handelnden Amtswaltern auszubilden. Im Zentrum der Ausbildung steht daher auch der Schutz der Grundrechte, die jedweder Form von Diskriminierung entgegenstehen. Ein großer Wert wird auf interkulturelle Kompetenz und die Stärkung eines entsprechenden ethisch-moralischen Wertekanons gelegt. So werden die Besonderheiten kultureller, religiöser oder ethnischer Gruppen, ihre Problemstellungen, ihre Schutzbedürftigkeit und die Vorbeugung von Diskriminierung fächerübergreifend thematisiert.

Insbesondere die Bekämpfung des Antisemitismus sowie die Vermittlung jüdischer Religion, Kultur und Lebensweise auch in Form von entsprechenden Begegnungsformaten ist fester Bestandteil in der Aus- und Fortbildung der Bayerischen Polizei.

Seit dem Jahr 2023 besteht eine Kooperation der Bayerischen Polizei mit dem Jüdischen Museum Fürth. Alle Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter nehmen im Verlauf ihrer Ausbildung dort an einem speziell konzipierten Workshop teil. Darüber hinaus bestehen feste Kontakte zu den jüdischen Gemeinden. Neben regelmäßigen Vorträgen und Besuchen durch Repräsentanten jüdischer Gemeinden werden auch gemeinsame Projektstage organisiert, wie etwa der Besuch einer örtlichen Synagoge oder Exkursionen zu KZ-Gedenkstätten oder zu NS-Dokumentationszentren. Für den Freistaat Bayern besteht bereits seit dem 14.12.2023 eine Gemeinsame Absichtserklärung für den weiteren Ausbau der Zusammenarbeit mit der Holocaustgedenkstätte Yad Vashem. Bestandteil dieser Erklärung ist u. a. die Kooperation auf dem Gebiet der Aus- und Fortbildung von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Am 18.12.2024 konnte gemeinsam mit dem Bildungsreferat von Yad Vashem für etwa 100 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte ein digitaler Studientag zum Thema Antisemitismus und jüdische Identität durchgeführt werden.

Seit dem Jahr 2023 hat sich zudem ein Fortbildungstag bei der Bayerischen Polizei mit einem Besuch der liberalen jüdischen Gemeinde Beth Shalom und einer anschließenden Stadtbesichtigung in München auf den Spuren jüdischen Lebens etabliert.

Aus- und Fortbildungsmaßnahmen ausschließlich zu christenfeindlichen Tendenzen bestehen nicht. Die oben genannten Maßnahmen schließen die Christenfeindlichkeit mit ein.

Durch den Beauftragten der Bayerischen Polizei gegen Hasskriminalität, insbesondere Antisemitismus wurde z. B. mit der Organisation OI DAC (Observatory on Intolerance and Discrimination against Christians in Europe) bereits eine Vernetzung begonnen. Weiterhin wurden erste Kontakte in Diözesen geknüpft, um das vermutete Dunkelfeld mit fachlicher Expertise zu eruieren und mögliche Anknüpfungspunkte für Maßnahmen abzustimmen.

Die Bayerische Polizeiseelsorge organisiert im Rahmen des berufsethischen Unterrichts in der Polizeiausbildung zur 2. Qualifikationsebene gemeinsam mit verschiedenen Moscheen und weiteren Akteuren, wie etwa der Begegnungsstätte Brücke Koepru oder der Begegnungstube Medina e. V. in Nürnberg, interreligiöse Dialoge im Kontext des Islams mit Auszubildenden der Bayerischen Polizei. Der Dialog verfolgt dabei das Ziel, Kenntnisse über den Islam zu erlangen, eine vorurteilsfreie und authentische Begegnung zu ermöglichen und einen Raum für einen offenen Dialog zu schaffen.

Ergänzend wurden folgende exemplarische Formate polizeilicherseits unterstützt bzw. durchgeführt:

- Workshopleitung zum Thema „Sensibilisierende Aus- und Bildungsformate innerhalb der Bayerischen Polizei“ im Rahmen der Konferenz „Bayern gegen Diskriminierung“ in Nürnberg
- Teilnahme am Thementag „Muslime + Heimat – Muslimisch. Bayerisch. Perspektiven auf Heimat“ in Nürnberg
- Workshopleitung zum Thema „Sensibilisierung von Verwaltung und Polizei“ im Rahmen des Fachtags „Muslimisches Leben in Bayern. Herausforderungen, Bedarfe und Perspektiven – Gesellschaftlicher Zusammenhalt im Dialog“
- Austauschtreffen mit verschiedenen muslimischen Gemeinden und Vertretungen
- Teilnahme am Dialogtag mit Imamen auf Einladung des Integrationsbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung, Abgeordneter Karl Straub (CSU)
- Wiederholte Teilnahme des Polizeivizepräsidenten Guido Limmer am Iftar des Bayerischen Landesverbands der VIKZ e. V.

Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass Gegenstand des Beobachtungsauftrags des Landesamts für Verfassungsschutz (BayLfV) gemäß Art. 3 Satz 1 Bayerisches Verfassungsschutzgesetz (BayVSG) in Verbindung mit § 3 Abs. 1 Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) u. a. Bestrebungen sind, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere das friedliche Zusammenleben der Völker, gerichtet sind. Die vom BayLfV getroffenen Maßnahmen beziehen sich auf die beobachteten Bestrebungen die insbesondere den Phänomenbereichen Islamismus, Rechtsextremismus, auslandsbezogener Extremismus, Linksextremismus und der verfassungsschutzrelevanten Islamfeindlichkeit zugehörig sind. Sie lassen sich nicht nach „Religionsgemeinschaften“ im Sinne der Fragestellung aufgliedern.

Die bayerische Justiz wirkt der Ausbreitung von jüden-, christen- und muslimfeindlichen Tendenzen durch eine konsequente und nachdrückliche Verfolgung von Hasskriminalität jeglicher Ausrichtung entgegen. Dies gilt auch für Hasskriminalität, die sich gegen Angehörige bestimmter religiöser Glaubensrichtungen richtet. Entscheidend ist dabei, dass entsprechende Handlungen zur Anzeige gebracht werden und von den Strafverfolgungsbehörden konsequent verfolgt und zur Verurteilung gebracht werden.

Die bayerische Justiz verfügt zur Bekämpfung von Hasskriminalität über effiziente und schlagkräftige Strukturen, die kontinuierlich optimiert werden. Die im Jahr 2017 ins Leben gerufene Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus (ZET) bei der Generalstaatsanwaltschaft München dient als zentrale Anlaufstelle für Justiz- und Sicherheitsbehörden auf allen staatlichen Ebenen. Zum 01.06.2024 wurde ihre Zuständigkeit auf den gesamten Bereich der Hasskriminalität ausgeweitet. Zudem sind der Beauftragte für Hate Speech und der Zentrale Antisemitismusbeauftragte der bayerischen Justiz dort angesiedelt, was ihnen ermöglicht, in besonders bedeutsamen Fällen eigenständig bayernweit Ermittlungen aufzunehmen. Sie können dabei auf spezialisierte Sonderdezernenten und Ansprechpartner bei allen 22 Staatsanwaltschaften Bayerns zurückgreifen, um eine einheitliche und nachdrückliche Strafverfolgung zu gewährleisten.

Ein wesentlicher Aspekt der Arbeit ist die konsequente Verfolgung von insbesondere digitaler Hasskriminalität, um frühzeitig gegen jegliche strafbare Ausprägung von Hass und Extremismus, ungeachtet der jeweiligen Ausrichtung einzuschreiten. Dazu hat das Staatsministerium der Justiz spezielle Online-Meldeverfahren für Online-Straftaten mit verschiedenen Kooperationspartnern eingerichtet. Beispielhaft können folgende Initiativen genannt werden:

- Bayerische Landeszentrale für neue Medien (BLM): Mit der BLM wurde am 21.10.2019 das Projekt „Justiz und Medien – konsequent gegen Hass“ gestartet.
- Für Online-Straftaten mit antisemitischem Hintergrund wurde im Jahr 2021 ein Meldeverfahren bei der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (RIAS Bayern) eingerichtet.
- Eine weitere Meldemöglichkeit besteht im Rahmen der gemeinsamen Kooperation des Justizministeriums sowie des Innen- und Sozialministeriums mit der Meldestelle „REspect!“. Unter [www.meldestelle-respect.de](http://www.meldestelle-respect.de) können Betroffene strafbare Hate Speech einfach online anzeigen und eine Beratung erhalten.

Den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern stehen Links und Informationen zu allen Angeboten der Staatsregierung rund um das Thema Hate Speech zur Verfügung unter [www.bayern-gegen-hass.de](http://www.bayern-gegen-hass.de).

## Anlage zur Frage 1.1

Tattag	Ort	Landkreis	Örtlichkeit	Paragraph	Gesetz	Norm	Ver-such	Phänomenbereich	Christen-feindlich	Friedhof	Kirche	Religiöse Einrichtung	Religiöses Symbol
06.01.2020	Schwabach	Roth	Kirchliche Einrichtung	86a	StGB	Verwenden von Kenn-zeichen	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -rechts-	ja	nein	nein	nein	ja
06.02.2020	Neusäß	Augsburg	Schule, Kindergarten, Tagesstätte	130	StGB	Volksverhetzung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	nein	nein	nein
10.02.2020	Fürstenfeld-bruck	Fürstenfeld-bruck	Wohn- und Geschäfts-haus	130	StGB	Volksverhetzung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -rechts-	ja	nein	nein	nein	nein
29.02.2020	Kümmersbruck	Amberg-Sulz-bach	Internet	130	StGB	Volksverhetzung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -rechts-	ja	nein	nein	nein	nein
19.04.2020	München	München	Kirche/Kloster	303	StGB	Sachbeschädigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -links-	ja	nein	ja	nein	nein
03.05.2020	München	München	Pfarrheim	303	StGB	Sachbeschädigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -nicht zuzuordnen-	ja	nein	nein	ja	nein
31.05.2020	Langenbach	Freising	Kirche/Kloster	130	StGB	Volksverhetzung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -nicht zuzuordnen-	ja	nein	nein	ja	nein
15.06.2020	Dingolfing	Dingolfing-Landau	Wohnung	130	StGB	Volksverhetzung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -rechts-	ja	nein	nein	nein	nein
29.06.2020	Straubing	Straubing	Mehrfamilienhaus	130	StGB	Volksverhetzung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -rechts-	ja	nein	nein	nein	nein
26.07.2020	Bayreuth	Bayreuth	Parkanlage/Grün-anlage	303	StGB	Sachbeschädigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -rechts-	ja	nein	nein	nein	nein
29.07.2020	Ortenburg	Passau	Kirche/Kloster	130	StGB	Volksverhetzung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	ja	nein	nein
16.08.2020	Ortenburg	Passau	Kirche/Kloster	130	StGB	Volksverhetzung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	ja	nein	nein
26.09.2020	Lohr a.Main	Main-Spes-sart	Parkplatz	223	StGB	Körperverletzung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	nein	nein	nein
14.10.2020	Unterschleiß-heim	Freising	Büro	223	StGB	Körperverletzung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	nein	nein	nein
17.10.2020	Hengersberg	Deggendorf	Kirche/Kloster	86a	StGB	Verwenden von Kenn-zeichen	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -rechts-	ja	nein	ja	nein	nein
21.10.2020	Nürnberg	Nürnberg	Kirche/Kloster	303	StGB	Sachbeschädigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -nicht zuzuordnen-	ja	nein	ja	nein	nein
30.10.2020	München	München	Kapelle	304	StGB	Gemeinschaftliche Sach-beschädigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	ja	nein	nein

Tattag	Ort	Landkreis	Örtlichkeit	Paragraph	Gesetz	Norm	Ver-such	Phänomenbereich	Christen-feindlich	Friedhof	Kirche	Religiöse Einrichtung	Religiöses Symbol
30.10.2020	München	München	Kirche/Kloster	303	StGB	Sachbeschädigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -links-	ja	nein	ja	nein	nein
18.11.2020	München	München	Kirche/Kloster	304	StGB	Gemeinschaftliche Sachbeschädigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -nicht zuzuordnen-	ja	nein	ja	nein	nein
03.12.2020	Bayreuth	Bayreuth	Mehrfamilienhaus	185	StGB	Beleidigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -rechts-	ja	nein	nein	nein	nein
22.12.2020	Ingolstadt	Ingolstadt	Asylbewerberunterkunft	241	StGB	Bedrohung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	nein	nein	nein
11.01.2021	Laufen	Berchtesgadener Land		185	StGB	Beleidigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	nein	nein	nein
02.03.2021	Nürnberg	Nürnberg	Kirche/Kloster	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -rechts-	ja	nein	ja	nein	nein
23.03.2021	Bayreuth	Bayreuth	unbekannt	186	StGB	Üble Nachrede	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -nicht zuzuordnen-	ja	nein	nein	nein	nein
24.03.2021	München	München	Pfarrheim	126	StGB	Androhung von Straftaten	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -nicht zuzuordnen-	ja	nein	ja	nein	nein
25.03.2021	Laufen	Berchtesgadener Land	Justizvollzugsanstalt	241	StGB	Bedrohung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	nein	nein	nein
25.03.2021	Laufen	Berchtesgadener Land	Justizgebäude	185	StGB	Beleidigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	nein	nein	nein
01.04.2021	München	München	Kirche/Kloster	303	StGB	Sachbeschädigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -links-	ja	nein	ja	nein	nein
13.04.2021	Bad Griesbach i.Rottal	Passau	Kirche/Kloster	304	StGB	Gemeinschaftliche Sachbeschädigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -links-	ja	nein	ja	nein	nein
17.04.2021	Bad Griesbach i.Rottal	Passau	Kirche/Kloster	304	StGB	Gemeinschaftliche Sachbeschädigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -nicht zuzuordnen-	ja	nein	ja	nein	nein
23.04.2021	Dillingen a.d.Donau	Dillingen a.d.Donau	Kirche/Kloster	304	StGB	Gemeinschaftliche Sachbeschädigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	ja	nein	nein
18.05.2021	München	München	Kirche/Kloster	303	StGB	Sachbeschädigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -links-	ja	nein	ja	nein	nein
19.05.2021	Pegnitz	Bayreuth	Kirche/Kloster	304	StGB	Gemeinschaftliche Sachbeschädigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	ja	nein	ja
28.06.2021	Würzburg	Würzburg	Amtsgebäude	130	StGB	Volksverhetzung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -rechts-	ja	nein	nein	nein	nein
20.08.2021	Bamberg	Bamberg	Kunsthalle	166	StGB	Beschimpfung von Bekennnissen	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -nicht zuzuordnen-	ja	ja	ja	nein	nein

Tattag	Ort	Landkreis	Örtlichkeit	Paragraph	Gesetz	Norm	Ver-such	Phänomenbereich	Christen-feindlich	Friedhof	Kirche	Religiöse Einrichtung	Religiöses Symbol
25.08.2021	Passau	Passau	Kirche/Kloster	303	StGB	Sachbeschädigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -links-	ja	nein	ja	nein	nein
28.08.2021	Parkstein	Neustadt a.d.Waldnaab	Kirche/Kloster	242	StGB	Diebstahl	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	ja	nein	nein
31.08.2021	Passau	Passau	Garage	303	StGB	Sachbeschädigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -links-	ja	nein	ja	nein	nein
16.10.2021	München	München	Friedhof	304	StGB	Gemeinschaftliche Sachbeschädigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -nicht zuzuordnen-	ja	ja	nein	nein	nein
06.11.2021	Seubersdorf i.d.OPf.	Neumarkt i.d.OPf.	ÖPNV	211	StGB	Mord	ja	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	nein	nein	nein
04.12.2021	Schongau	Weilheim-Schongau	Öffentl. Straßen u. Plätze	223	StGB	Körperverletzung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	nein	nein	nein
29.12.2021	Altstadt	Weilheim-Schongau	Öffentl. Straßen u. Plätze	223	StGB	Körperverletzung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	nein	nein	nein
05.01.2022	Arnstorf	Rottal-Inn	Firma	130	StGB	Volksverhetzung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -nicht zuzuordnen-	ja	nein	nein	nein	nein
13.01.2022	Gerbrunn	Würzburg	Arztpraxis	130	StGB	Volksverhetzung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	nein	nein	nein
21.01.2022	München	München	unbekannt	185	StGB	Beleidigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -nicht zuzuordnen-	ja	nein	nein	nein	nein
03.02.2022	Maxhütte-Haidhof	Schwandorf	Kirche/Kloster	304	StGB	Gemeinschaftliche Sachbeschädigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	ja	nein	nein
05.04.2022	Bayreuth	Bayreuth	Mehrfamilienhaus	185	StGB	Beleidigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -nicht zuzuordnen-	ja	nein	ja	nein	nein
11.05.2022	Eichstätt	Eichstätt	Schule, Kindergarten, Tagesstätte	111	StGB	Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	nein	nein	nein
27.05.2022	Lichtenfels	Lichtenfels	Pfarrheim	185	StGB	Beleidigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -nicht zuzuordnen-	ja	nein	nein	nein	nein
28.07.2022	Niederviehbach	Dingolfing-Landau	Kapelle	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -rechts-	ja	nein	ja	nein	nein
29.07.2022	Gerolfingen	Ansbach	Mehrfamilienhaus	130	StGB	Volksverhetzung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -rechts-	ja	nein	nein	nein	nein
15.08.2022	Kulmbach	Kulmbach	unbekannt	192	StGB	Verhetzende Beleidigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	nein	nein	nein
20.01.2023	München	München	Gaststätte	192a	StGB	Verhetzende Beleidigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -sonstige Zuordnung-	ja	nein	nein	nein	nein

Tattag	Ort	Landkreis	Örtlichkeit	Paragraph	Gesetz	Norm	Ver-such	Phänomenbereich	Christen-feindlich	Friedhof	Kirche	Religiöse Einrichtung	Religiöses Symbol
15.02.2023	Augsburg	Augsburg	Kirche/Kloster	111	StGB	Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	ja	nein	nein	nein
17.03.2023	München	München	Kirche/Kloster	304	StGB	Gemeinschaftliche Sachbeschädigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -links-	ja	ja	nein	nein	nein
29.03.2023	Nürnberg	Nürnberg	Öffentl. Straßen u. Plätze	192a	StGB	Verhetzende Beleidigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -rechts-	ja	nein	nein	nein	nein
19.04.2023	München	München	ÖPNV	185	StGB	Beleidigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -sonstige Zuordnung-	ja	ja	nein	nein	nein
19.04.2023	München	München	Kirche/Kloster	167	StGB	Störung der Religionsausübung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -sonstige Zuordnung-	ja	ja	nein	nein	nein
23.04.2023	Augsburg	Augsburg	Kirche/Kloster	126	StGB	Androhung von Straftaten	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	ja	nein	nein	nein
29.04.2023	Maisach	Fürstenfeldbruck	Öffentl. Straßen u. Plätze	303	StGB	Sachbeschädigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -links-	ja	nein	nein	nein	nein
13.06.2023	Mömbis	Aschaffenburg	Einfamilienhaus	130	StGB	Volksverhetzung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -rechts-	ja	nein	nein	nein	nein
19.06.2023	Rehau	Hof	unbekannt	315b	StGB	Gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	nein	nein	nein
26.06.2023	Erlangen	Erlangen	Jugendtreff	303	StGB	Sachbeschädigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -links-	ja	nein	nein	nein	nein
08.07.2023	Nürnberg	Nürnberg	Mehrfamilienhaus	130	StGB	Volksverhetzung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	nein	nein	nein
10.07.2023	München	München	unbekannt	185	StGB	Beleidigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -sonstige Zuordnung-	ja	nein	nein	nein	nein
20.07.2023	Bayreuth	Bayreuth	Kirche/Kloster	303	StGB	Sachbeschädigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	ja	nein	nein	nein
30.07.2023	Kulmbach	Kulmbach	Kirche/Kloster	303	StGB	Sachbeschädigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -sonstige Zuordnung-	ja	ja	nein	nein	nein
20.08.2023	Weilheim i.OB	Weilheim-Schongau	Asylbewerberunterkunft	241	StGB	Bedrohung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	nein	nein	nein
10.09.2023	Seefeld	Starnberg	Asylanten-/Ausländerunterkunft	126	StGB	Androhung von Straftaten	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	ja	nein	nein	nein
23.09.2023	Erlangen	Erlangen	Öffentl. Straßen u. Plätze	303	StGB	Sachbeschädigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -links-	ja	nein	nein	nein	nein
28.10.2023	Fürstenfeldbruck	Fürstenfeldbruck	Öffentl. Straßen u. Plätze	166	StGB	Beschimpfung von Bekennnissen	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	nein	nein	nein

Tattag	Ort	Landkreis	Örtlichkeit	Paragraph	Gesetz	Norm	Ver-such	Phänomenbereich	Christen-feindlich	Friedhof	Kirche	Religiöse Einrichtung	Religiöses Symbol
29.10.2023	München	München	Mauer	303	StGB	Sachbeschädigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -sonstige Zuordnung-	ja	nein	nein	nein	nein
02.12.2023	München	München	Öffentl. Straßen u. Plätze	223	StGB	Körperverletzung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	nein	nein	nein
13.12.2023	München	München	Öffentl. Straßen u. Plätze	223	StGB	Körperverletzung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	nein	nein	nein
01.01.2024	München	München	Mehrfamilienhaus - Wohnung	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -ausländische Ideologie-	ja	nein	nein	nein	nein
01.01.2024	Landsberg am Lech	Landsberg am Lech	Reihenhaus/Doppelhaus	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -ausländische Ideologie-	ja	nein	nein	nein	nein
01.01.2024	Aicha vorm Wald	Passau	unbebautes Grundstück	130	StGB	Volksverhetzung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -rechts-	ja	nein	nein	nein	nein
05.01.2024	Wessobrunn	Weilheim-Schongau	Mehrfamilienhaus - Wohnung	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -ausländische Ideologie-	ja	nein	nein	nein	nein
18.01.2024	Kempten (Allgäu)	Kempten (Allgäu)	unbebautes Grundstück	130	StGB	Volksverhetzung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -sonstige Zuordnung-	ja	nein	nein	nein	nein
20.01.2024	Hof	Hof	Kirche	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -sonstige Zuordnung-	ja	nein	ja	nein	nein
23.01.2024	Kempten (Allgäu)	Kempten (Allgäu)	unbebautes Grundstück	126	StGB	Androhung von Straftaten	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	nein	nein	nein
01.02.2024	München	München	Pfarrhaus	303	StGB	Sachbeschädigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	nein	ja	nein
06.02.2024	Riedbach	Haßberge	Asylbewerberunterkunft	30	StGB	Versuch der Beteiligung	ja	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	nein	nein	nein
12.02.2024	Immenstadt i.Allgäu	Oberallgäu	Parkanlage	224	StGB	Gefährliche Körperverletzung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	nein	nein	nein
03.03.2024	Neumarkt i.d.OPf.	Neumarkt i.d.OPf.	Moschee	130	StGB	Volksverhetzung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	nein	nein	nein
10.03.2024	Kempten (Allgäu)	Kempten (Allgäu)	Mehrfamilienhaus - Wohnung	130	StGB	Volksverhetzung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -rechts-	ja	nein	nein	nein	nein
12.04.2024	Rosenheim	Rosenheim	Hotel, Gasthof (mit Restaurant)	123	StGB	Hausfriedensbruch	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -links-	ja	nein	nein	nein	nein
13.04.2024	München	München	Straße, Platz innerhalb geschlossener Ortschaften	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -links-	ja	nein	ja	nein	nein

Tattag	Ort	Landkreis	Örtlichkeit	Paragraph	Gesetz	Norm	Ver-such	Phänomenbereich	Christen-feindlich	Friedhof	Kirche	Religiöse Einrichtung	Religiöses Symbol
20.04.2024	Garching b.München	München	Mehrfamilienhaus - Wohnung	91	StGB	Anleitung zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	nein	nein	nein
23.04.2024	Bamberg	Bamberg	Öffentliche Schule	126	StGB	Androhung von Straftaten	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	nein	nein	nein
25.04.2024	München	München	Straße, Platz innerhalb geschlossener Ortschaften	20/II/2	BayVersG	Widerstand leisten gegen Leiter oder Ordner	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -links-	ja	nein	nein	nein	nein
01.05.2024	Augsburg	Augsburg	Kapelle	303	StGB	Sachbeschädigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -links-	ja	nein	ja	nein	nein
15.06.2024	Rain	Donau-Ries	Kirche	167	StGB	Störung der Religionsausübung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	ja	nein	nein
17.06.2024	Schmidmühlen	Amberg-Sulzbach	Mehrfamilienhaus - Wohnung	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -ausländische Ideologie-	ja	nein	nein	nein	nein
02.07.2024	Dachau	Dachau	Kirche	304	StGB	Gemeinschaftliche Sachbeschädigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	ja	nein	nein
08.07.2024	München	München	Bahnanlage	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -rechts-	ja	nein	nein	nein	nein
13.07.2024	Taufkirchen (Viels)	Erding	Festplatz (während einer Veranstaltung)	223	StGB	Körperverletzung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -sonstige Zuordnung-	ja	nein	nein	nein	nein
21.07.2024	Coburg	Coburg	Straße, Platz innerhalb geschlossener Ortschaften	223	StGB	Körperverletzung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	nein	nein	nein
12.08.2024	München	München	Mehrfamilienhaus - Wohnung	130	StGB	Volksverhetzung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	nein	nein	nein
13.08.2024	Regensburg	Regensburg	Kirche	304	StGB	Gemeinschaftliche Sachbeschädigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -links-	ja	nein	ja	nein	nein
30.08.2024	München	München	Brücke	303	StGB	Sachbeschädigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -sonstige Zuordnung-	ja	nein	nein	nein	nein
21.09.2024	Augsburg	Augsburg	Straße, Platz innerhalb geschlossener Ortschaften	223	StGB	Körperverletzung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -sonstige Zuordnung-	ja	nein	nein	nein	nein
25.09.2024	Oy-Mittelberg	Oberallgäu	unbekannt	304	StGB	Gemeinschaftliche Sachbeschädigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -sonstige Zuordnung-	ja	nein	nein	nein	ja
29.09.2024	München	München	Straße, Platz innerhalb geschlossener Ortschaften	20/II/5	BayVersG	Schutzwaffe oder einschlägigen Gegenstand mit sich führen	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -links-	ja	nein	nein	nein	nein

Tattag	Ort	Landkreis	Örtlichkeit	Paragraph	Gesetz	Norm	Ver-such	Phänomenbereich	Christen-feindlich	Friedhof	Kirche	Religiöse Einrichtung	Religiöses Symbol
05.10.2024	München	München	Friseur	241	StGB	Bedrohung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -sonstige Zuordnung-	ja	nein	nein	nein	nein
17.10.2024	Kissing	Aichach-Friedberg	Kirche	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -sonstige Zuordnung-	ja	nein	nein	nein	nein
21.10.2024	Traunstein	Traunstein	unbekannt	241	StGB	Bedrohung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	nein	nein	nein
09.11.2024	Kempten (Allgäu)	Kempten (Allgäu)	Reisebüro	185	StGB	Beleidigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -rechts-	ja	nein	nein	nein	nein
18.11.2024	Augsburg	Augsburg	sonstiges Amtsgebäude	241	StGB	Bedrohung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	nein	nein	nein
02.12.2024	Rohrenfels	Neuburg-Schrobenhausen	Firma	303	StGB	Sachbeschädigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -links-	ja	nein	nein	nein	nein
16.12.2024	Augsburg	Augsburg	sonstiges Amtsgebäude	241	StGB	Bedrohung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	nein	nein	nein
28.12.2024	Regensburg	Regensburg	sonstiger Büroraum	241	StGB	Bedrohung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -sonstige Zuordnung-	ja	nein	nein	ja	nein
#####	München	München	Bahnhof	130	StGB	Volksverhetzung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	nein	nein	nein
#####	München	München	Kirche	303	StGB	Sachbeschädigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	ja	nein	nein
#####	Rott	Landsberg am Lech	Gedenkstätte	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -rechts-	ja	nein	nein	nein	nein
#####	Trunkelsberg	Unterallgäu	sonstige öffentl. Verkehrsfläche (innerh. geschl.	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -rechts-	ja	nein	nein	nein	nein
#####	Dießen am Ammersee	Landsberg am Lech	Kloster	303	StGB	Sachbeschädigung	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -links-	ja	nein	ja	nein	nein
#####	Bamberg	Bamberg	Asylbewerberunterkunft	126	StGB	Androhung von Straftaten	nein	Politisch Motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	ja	nein	nein	nein	nein

**Hinweise des Landtagsamts**

Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

—————

Zur Vereinfachung der Lesbarkeit können Internetadressen verkürzt dargestellt sein. Die vollständige Internetadresse ist als Hyperlink hinterlegt und in der digitalen Version des Dokuments direkt aufrufbar. Zusätzlich ist diese als Fußnote vollständig dargestellt.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter [www.bayern.landtag.de/parlament/dokumente](http://www.bayern.landtag.de/parlament/dokumente) abrufbar.

Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter [www.bayern.landtag.de/aktuelles/sitzungen](http://www.bayern.landtag.de/aktuelles/sitzungen) zur Verfügung.